

Antrag auf Einrichtung einer Übermittlungssperre

Tagesstempel:

Familienname / akad. Grade, Vornamen:

Geburtsname:

Geburtsdatum:

Anschrift:

- 1 An **Adressbuchverlage** dürfen mein Name und meine Anschrift nicht weitergegeben werden (§ 35 Abs. 4 Meldegesetz).
- 2 Wenn ich ein **Altersjubiläum** (z. B. 80. Geburtstag) begehe, darf eine Mitteilung über dieses Jubiläum nicht weitergegeben werden (§ 35 Abs. 5 Meldegesetz).
- 3 Wenn wir ein **Ehejubiläum** (z. B. Goldene Hochzeit) begehen, darf eine Mitteilung über dieses Jubiläum nicht weitergegeben werden (§ 35 Abs. 3 Meldegesetz).
- 4 Da ich einer anderen Religionsgesellschaft als mein Ehegatte angehöre
 keiner Religionsgesellschaft angehöre

beantrage ich gemäß § 32 Abs. 2 Meldegesetz, dass meine Daten nicht an die **Religionsgesellschaft meines Ehegatten** übermittelt werden. Diese Erklärung gilt auch für meine minderjährigen Kinder:

Familienname:

Vorname(n):

Geburtsdatum:

- 5 Ich beantrage eine **Auskunftssperre**, die sich auf eine **erweiterte Melderegisterauskunft** nach § 34 Abs. 2 Meldegesetz bezieht. Mein berechtigtes Interesse an dieser Auskunftssperre begründe ich unten.
- 6 Ich beantrage eine **Auskunftssperre**, die sich auf eine **Gruppenauskunft** nach § 34 Abs. 3 Meldegesetz bezieht. Mein berechtigtes Interesse an dieser Auskunftssperre begründe ich unten.

Begründung zu Nr.5 Nr.6 (Bitte ankreuzen!)

Amtliche Vermerke:

Datum und Unterschrift

(für Antrag Nr. 3 sind die Unterschriften beider Ehegatten erforderlich)

Hinweis:

Der Meldebehörde ist **jede** Melderegisterauskunft an Privatpersonen untersagt, wenn der Person, deren Daten mitgeteilt werden sollen, durch diese Auskunft eine **Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit** o. Ä. entstehen kann (§ 34 Abs. 5 Meldegesetz). Sollten Sie Anhaltspunkte für eine derart schwerwiegende Gefahr haben, teilen Sie dies bitte der Meldebehörde gesondert mit.

Erläuterungen auf der Rückseite.

Hinweise zum Antrag auf Einrichtung einer Übermittlungssperre

Zu Antrag 1:

Das Meldegesetz erlaubt in § 35 Abs. 4 eine Auskunft an **Adressbuchverlage** über Vor- und Familiennamen, akademische Grade und Anschriften von Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Dieser Auskunftserteilung können Sie widersprechen. Eine Begründung ist nicht erforderlich. Es ist ausreichend, wenn Sie den Antrag ankreuzen.

Zu Anträgen 2 und 3:

Begehrt jemand eine Auskunft über **Alters- und Ehejubiläen**, darf die Meldebehörde aufgrund von § 34 Abs. 3 des Meldegesetzes eines auf folgende Daten beschränkte Melderegisterauskunft erteilen: Vor- und Familiennamen, akademische Grade, Anschriften sowie Tag und Art des Jubiläums. Diese Auskunft darf jedoch nur erteilt werden, wenn Sie nicht widersprochen haben. Das Widerspruchsrecht kann innerhalb von zwei Monaten vor dem Jubiläum nicht mehr ausgeübt werden. Wenn Sie – durch Ankreuzen der Anträge 2 und/oder 3 – von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, darf die Meldebehörde z. B. der Presse nicht mitteilen, dass Sie demnächst z. B. Ihren 80. Geburtstag oder das Jubiläum der Goldenen Hochzeit feiern. Da das Widerspruchsrecht bei Ehejubiläumsfeiern nur gemeinsam ausgeübt werden kann, sind die Unterschriften **beider** Ehegatten erforderlich.

Zu Antrag 4:

Das Meldegesetz sieht vor, dass den **Kirchen** neben den Daten ihrer Mitglieder auch einige Grunddaten von **Nichtmitgliedern**, die mit einem Kirchenmitglied in demselben Familienverband leben, übermittelt werden dürfen. Der betroffene Familienangehörige – also nicht das Kirchenmitglied selbst – kann jedoch nach § 32 Abs. 2 des Meldegesetzes die Einrichtung einer Übermittlungssperre verlangen. Eine Begründung ist nicht erforderlich. Es genügt, wenn Antrag 4 angekreuzt wird.

Zu Antrag 5:

Wird bei einem Auskunftersuchen über eine bestimmte Person ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht, darf die Meldebehörde im Einzelfall eine **erweiterte Melderegisterauskunft** erteilen, die über Namen und Anschrift hinaus z. B. Angaben über Geburtsdatum, Familienstand o. Ä. enthalten kann. Wird eine solche Auskunft erteilt, hat die Meldebehörde den Betroffenen grundsätzlich zu unterrichten.

Sie können verlangen, dass eine derartige erweiterte Melderegisterauskunft unterbleibt, wenn Sie Ihr berechtigtes Interesse an dieser Auskunftssperre nachweisen. Die Meldebehörde hat dann eine Abwägung zwischen dem Auskunftsinteresse des Auskunftersuchenden und Ihrem schutzwürdigen Interesse am Unterbleiben der Auskunft vorzunehmen.

Zu Antrag 6:

Falls ein öffentliches Interesse bejaht wird, darf die Meldebehörde eine so genannte **Gruppenauskunft** erteilen. In diesem Fall bittet der Auskunftersuchende (z. B. ein wissenschaftliches Forschungsinstitut) um die Mitteilung einer Vielzahl von Personen, die einer bestimmten Personengruppe angehören (z. B. gleiche Altersgruppe, gleiches Geschlecht, gleiche Staatsangehörigkeit usw.).

Ebenso wie bei Antrag 5 können Sie verlangen, dass im Rahmen einer Gruppenauskunft keine Informationen über Ihre Person mitgeteilt werden, soweit Sie ein berechtigtes Interesse an dieser Auskunftssperre nachweisen.